Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1952)

Artikel: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialverwaltung

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417452

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1952

Bericht der Präsidialverwaltung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **V. Moine**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **Dewet Buri**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Dewet Buri**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **G. Moeckli**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr wurde über 8 kantonale und 9 eidgenössische Vorlagen abgestimmt.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 10. Februar wurden die Stimmberechtigten des Kantons Bern erstmals zur Urne gerufen zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage über den Ausbau der Rechtspflege und den Volksbeschluss über den Neubau des zahnärztlichen Institutes der Universität Bern. Der Gesetzesentwurf wurde mit 27 797 gegen 15 784 Stimmen angenommen. Das annehmende Mehr betrug somit 12 013. Für die Annahme des Volksbeschlusses sprachen sich 29 004, dagegen 15 616 Stimmberechtigte aus. Die annehmende Mehrheit betrug hier 13 388 Stimmen. Von den 247 123 in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten gingen 46 959 oder nur 19% an die Urne.

Die zweite Abstimmung fand am 6. Juni statt. Der Gesetzesentwurf über das Feuerwehrwesen und die Abwehr von Elementarschäden wurde mit 52 490 gegen 23 997 Stimmen angenommen. Das annehmende Mehr betrug 28 493 Stimmen. Die Zahl der Stimmberechtigten hatte sich seit der letzten Abstimmung auf 247 605 erhöht, von denen 79 441 oder 32,8% zur Urne gingen.

In der dritten Volksabstimmung vom 5. Oktober nahm das Bernervolk die beiden Gesetzesvorlagen über die Förderung von Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft und über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung an. Bei der ersten Gesetzesvorlage betrug das annehmende Mehr 34 957 Stimmen, wobei sich 65 944 dafür und 30 987 Stimmberechtigte dagegen aussprachen. — Die zweite Gesetzesvorlage ergab bei 63 196 Ja und 33 601 Nein eine annehmende Mehrheit von 29 959 Stimmen. Stimmberechtigt waren im Kanton Bern in diesem Zeitpunkt 248 451, wovon sich 104 124 oder 41,8% an die Urne begaben.

In einer vierten kantonalen Volksabstimmung vom 23. November entschied das Volk über folgende Vorlagen:

a) Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz vom 12. Juni 1951 über die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes wurde mit 77 214 gegen 33 714 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 43 500 Stimmen angenommen.

b) Der Volksbeschluss über den Neubau eines Haushaltungslehrerinnenseminars in Bern wurde bei einer annehmenden Mehrheit von 31 452 mit 73 118 Ja gegen 41 666 Nein angenommen.

c) Beim Volksbeschluss betreffend den Bau von zwei neuen Schwesternhäusern der Heil- und Pflegeanstalt Münsingen sprachen sich 86 806 für und 28 171 gegen die Vorlage aus. Sie wurde also mit einem Mehr von 58 635 Stimmen gutgeheissen.

Bei allen diesen drei Abstimmungen gingen von 248 318 Stimmberechtigten 123 838 oder 49,87 % an die Urne.

Obschon alle 8 dem Volke im Berichtsjahr vorgelegten Vorlagen angenommen wurden, muss neuerdings auf die geringe Stimmbeteiligung aufmerksam gemacht werden. Diese erreichte nirgends 50 % und ist nur dann etwas gestiegen, wenn gleichzeitig mit einer kantonalen auch eine eidgenössische Abstimmung stattfand. Da bei kantonalen Abstimmungen Stellvertretung möglich ist, sollte eine etwas intensivere Beteiligung der Stimmberechtigten erwartet werden können.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen

In eidgenössischen Angelegenheiten hatten sich die Stimmberechtigten zu 9 Vorlagen auszusprechen.

Die 1. Abstimmung fand am 2. März statt. Der Bundesbeschluss betreffend Verlängerung der Geltungsdauer des Bundesbeschlusses über die Bewilligungspflicht für die Eröffnung und Erweiterung von Gasthöfen wurde im Kanton Bern mit 28 313 gegen 22 413 Nein, also mit einem Mehr von 5900 angenommen. Die Stimmbeteiligung war im Kanton Bern sehr schwach, da von 248 192 in eidgenössischen Angelegenheiten Stimmberechtigten nur 51 165 oder 20,61 % ihrer Bürgerpflicht nachgekommen sind.

Am 30. März wurde das Schweizervolk neuerdings an die Urne gerufen zur Abstimmung über das Bundesgesetz über die Förderung der Landwirtschaft und die Erhaltung des Bauernstandes. Dieser Gesetzesentwurf wurde im Kanton Bern mit einem Mehr von 30 247 Stimmen angenommen, 88 917 dafür und 58 670 dagegen. Von 248 492 Stimmberechtigten gingen 148 737 oder 59,8 % an die Urne.

Die dritte eidgenössische Abstimmung fand am 20. April statt, über den Bundesbeschluss über das Volksbegehren betreffend die Umsatzsteuern. Dieses Volksbegehren wurde im Kanton Bern mit 12 330 gegen 72 822 Stimmen abgelehnt. Die ablehnende Mehrheit betrug somit 60 492 Stimmen und die Stimmbeteiligung 34,4 %.

Die vierte eidgenössische Abstimmung wurde auf den 18. Mai angesetzt und galt dem Volksbegehren zur Rüstungsfinanzierung und zum Schutze der sozialen Errungenschaften. Die Stimmberechtigten unseres Kantons lehnten dieses Volksbegehren mit 49 004 gegen 57 037 Stimmen ab. Die verwerfende Mehrheit betrug 8033 Stimmen. Von den 248 400 Stimmberechtigten gingen 106 540 oder 42,8 % an die Urne.

In der fünften eidgenössischen Abstimmung vom 6. Juli hatten sich die Stimmberechtigten zum Beschluss über die Deckung der Rüstungsausgaben auszusprechen. Im Kanton Bern wurde dieser Beschluss mit einer knappen Mehrheit von 1499 Stimmen angenommen, wobei sich 40 334 Stimmberechtigte dafür und 38 835 dagegen aussprachen. Bei 79 721 Stimmenden betrug die Stimmbeteiligung 32,05 %.

Am 5. Oktober kam das Bundesgesetz betreffend die Abänderung von Bestimmungen über die fiskalische Belastung des Tabaks im Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung zur Abstimmung, sowie der Bundesbeschluss über den Einbau von Luftschutzräumen in bestehenden Häusern. Die erstere Vorlage wurde im Kanton Bern mit 74 301 gegen 27 260 Stimmen angenommen, wobei das annehmende Mehr 47 041 betrug. Dagegen wurde die zweite Vorlage mit einem Mehr von 65 560 Stimmen verworfen, da sich nur 17 007 Stimmende dafür und 82 567 dagegen aussprachen. Für diese beiden Vorlagen gingen 114 383 Bürger an die Urne, oder 41,9 % von 249 342 Stimmberechtigten.

Die letzte eidgenössische Abstimmung fand am 23. November statt. Auch an diesem Tage wurden den Stimmberechtigten zwei Vorlagen unterbreitet, nämlich der Bundesbeschluss über die befristete Weiterführung einer beschränkten Preiskontrolle und der Bundesbeschluss über die Brotgetreideversorgung des Landes. Beide Vorlagen wurden im Kanton Bern angenommen. Für die erste sprachen sich 83 775 Stimmende aus, und dagegen 36 617, also eine Mehrheit von 47 158, während bei der zweiten Vorlage die annehmende Mehrheit 74 944 Stimmen betrug bei 96 990 Ja und 22 046 Nein. In eidgenössischen Angelegenheiten waren an diesem Tage 249 239 Bürger stimmberechtigt, von denen 124 154 oder 49,81 % an die Urne gingen.

Grosser Rat

Der Grosse Rat tagte in 5 Sessionen (davon zwei ausserordentliche im Februar und Juni) mit insgesamt 34 Sitzungen.

Bis zum 31. Mai amtete als Grossratspräsident Otto Steiger, Stadtpräsident in Bern.

Für das Amtsjahr 1952/53 rückte als Grossratspräsident nach: Ernst Studer, Bauingenieur in Burgdorf.

Als Vizepräsidenten wurden gewählt: Adolf Graedel, Arbeitersekretär in Bern und Dr. Hans Tschumi, Tierarzt in Interlaken. Anfangs des Geschäftsjahres trat Ad. Graedel als Mitglied des Grossen Rates zurück und wurde als 1. Vizepräsident ersetzt durch René Vuilleumier, Gemeindepräsident und Uhrenmacher in Tramelan.

Im Laufe des Geschäftsjahres sind im Bestande des Rates folgende Änderungen eingetreten:

Rücktritte: Hans Weber, Thun; Albert Juillard, Cortébert; Robert Bratschi, Bern; Hans Gfeller, Oppligen; Charles Mertenat, Soyhières; Dr. G. Morf, Bern, und Gottfried Beyeler, Unterseen.

Todesfälle: Dr. Willy Luick, Bern, und Charles Flotiront in Bévilard.

Der Regierungsrat dankt, soweit an ihm, den Zurückgetretenen für die dem Staate geleisteten Dienste.

An Stelle der Ausgeschiedenen traten neu in den Rat ein: Hans Blaser, Landwirt, Uebeschi; Emile Giroud, secrétaire ouvrier in Bern; Paul Villoz, buraliste postal, Plagne; Fritz Zimmermann, Waagmeister in Bern; Erwin Freiburghaus, Lehrer in Landiswil; Gilbert Feune, typographe in Delémont; Edwin Hofmann, Bauingenieur in Bern; Robert Oppliger, Mechaniker in Interlaken; Fritz Hess, Konsumverwalter in Zollikofen.

Die Ersatzwahl für den verstorbenen Grossrat Ch. Flotiront fällt in das nächste Berichtsjahr, weil die Liste der Sozialdemokratischen Partei von Moutier erschöpft war und die Listenunterzeichner einen Kandidaten vorzuschlagen haben.

In den ständigen grossrätlichen Kommissionen sind folgende Änderungen zu verzeichnen:

Staatswirtschaftskommission: An Stelle des vorschriftsgemäss nach zwei Amtsperioden als Präsident zurückgetretenen Dr. W. Luick wurde Dr. W. Aebi zum Präsidenten und Fr. Reinhardt zum Vizepräsidenten gewählt, während als neues Mitglied E. Bircher in diese Kommission abgeordnet wurde.

Ferner wurde an Stelle des aus dem Grossen Rat zurückgetretenen Ad. Graedel, J. Casagrande gewählt.

Justizkommission: J. Casagrande, der zum Mitglied der Staatswirtschaftskommission gewählt wurde, wurde ersetzt durch Ch. Mertenat. Der letztere schied im Laufe des Jahres ebenfalls aus. An seiner Stelle wurde gewählt A. Willemain. Als neuer Vizepräsident wurde Hans Lehmann gewählt, an Stelle des in die Staatswirtschaftskommission gewählten J. Casagrande.

Paritätische Kommission: Zurückgetreten sind W. Stünzi und Rob. Bratschi. Sie wurden ersetzt durch Friedrich Saegesser und Erwin Schneider. Im reglementarischen jährlichen Wechsel rückten zum Präsidenten auf Jules Schlappach und Karl Geissbühler zum Vizepräsidenten.

Kantonalbankkommission und zugleich Aufsichtskommission. In dieser Kommission traten der Präsident Rob. Bratschi und das Mitglied Dr. Weyermann zurück. Als Präsident wurde das bisherige Mitglied Rudolf Amstutz und als Mitglieder Walter König und Otto Gfeller gewählt.

Als Präsident des *Bankrates der Kantonalbank* wurde der bisherige Nationalrat Hans Stähli wiedergewählt.

In der *Pferdezuchtkommission* wurden für eine neue 6jährige Amtsdauer wiedergewählt: Hans Geissbühler; Jean Gerber; Arnold Juillerat und Dr. W. Kurt.

In der *Kleinviehzuchtkommission* waren 4 neue Mitglieder zu wählen wegen Ablaufs der 6jährigen Amtsdauer. Aus der Kommission schieden aus: Ed. Abegglen, Alfr. von Aesch; Hs. Baumgartner; Otto Renfer-Mörker. Als neue Mitglieder wurden für 6 Jahre gewählt: Ulrich Beer; Hs. Kienholz; E. Schindler; G. Wälti.

Im Bestande der *kaufmännischen Mitglieder des Handelsgerichts* traten vor den Gesamterneuerungswahlen folgende Änderungen ein:

Die im Jahre 1951 zurückgetretenen W. Mühlheim und E. Niggli wurden ersetzt durch F. Krähenbühl, Lyss, und Max Roos, Interlaken, und für die verstorbenen A. Wyler und M. Steffen sind gewählt worden Aug. Mattler und Arthur Linder, beide Bern.

Die Gesamterneuerung erfolgte in der Sitzung des Grossen Rates vom 17. November. Alle 42 vorgeschlagenen Mitglieder des deutschsprachigen Kantonsteils wurden gewählt. Von den 18 vorgeschlagenen Mitgliedern des Jura wurden 17 gewählt; 1 Mitglied erreichte das absolute Mehr nicht. Die Ersatzwahl wurde auf das nächste Berichtsjahr verschoben.

In der *Rekurskommission* trat der II. Vizepräsident A. Graedel in Bern zurück und wurde durch Emile Giroud in Bern ersetzt, der ebenfalls die Stelle des II. Vizepräsidenten bekleidet.

Auf 31. Dezember trat der langjährige Grossrats-Stenograph und Redaktor des Grossratstagblattes Dr. O. Vollenweider, zurück. Vom September 1913 bis März 1921 war er Hilfsstenograph und seit 1921 bis 1952 Stenograph und Redaktor des Grossratstagblattes. Der Regierungsrat dankt dem Zurückgetretenen ebenfalls für seine überaus erfolgreiche Arbeit im Dienste des bernischen Staates.

Als sein Nachfolger wurde der bisherige Hilfsstenograph Werner Bosshard und als Hilfsstenograph Dr. Josef Dürler gewählt.

Der Grosse Rat besichtigte am 24. und 25. Juni die Bauten der KWO AG. (Baustelle Oberaar).

Der Grosse Rat behandelte im Berichtsjahr folgende wichtige Geschäfte:

1. Verfassungsänderungen

Abänderung von Art. 19 der Staatsverfassung (Erhöhung der Wahlziffer für die Wahl des Grossen Rates). (1. Lesung.)

2. Gesetze

Feuerwehrwesen und Abwehr von Elementarschäden (2. Beratung).

Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (1. und 2. Beratung).

E. G. zum Bundesgesetz vom 12. Juni 1951 über die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes (1. und 2. Beratung).

Finanzausgleich im Kanton Bern (1. und 2. Beratung).

Förderung von Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft (1. und 2. Beratung).

3. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahr 1951 waren im Berichtsjahr noch 2 Motionen zu behandeln, zu denen 25 neue kamen. Von diesen 27 wurden 21 erledigt. Die Behandlung von 6 Motionen ist auf das nächste Berichtsjahr verschoben worden.

Aus dem Jahr 1951 verblieb noch 1 Postulat. Im Berichtsjahr wurden dazu 24 eingereicht. Von diesen insgesamt 25 Postulaten wurden 16 erledigt. Infolge Rückzuges wurden 2 abgeschrieben, so dass im nächsten Geschäftsjahr noch 7 zu behandeln sind.

Der Regierungsrat beantwortete im weitern 35 Interpellationen, während 2 durch Rückzug erledigt wurden. Schliesslich wurden 47 Einfache Anfragen beantwortet.

4. Dekrete

1. Organisation der Direktionen der Bauten und Eisenbahnen.
2. Ausrichtung von Schulhausbausubventionen.
3. Finanzielle Leistungen des Staates an die Kindergärten vom 19. Mai 1947 (Abänderung).
4. Herausgabe der obligatorischen Lehrmittel.
5. Organisation der Erziehungsdirektion.
6. Patentprüfungen für Primarlehrer.
7. Schulzahnpflege.

8. Versicherte Besoldungen der Lehrerschaft vom 22. November 1950 (Ergänzungen vom 19. Mai und 18. November 1952).
9. Gewährung von Teuerungszulagen für 1952 an das Staatspersonal.
10. Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage für 1952 an die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.
11. Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage an die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen.
12. Gewährung von Teuerungszulagen für 1953 an die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.
13. Amtssprache im Amtsbezirk Biel.
14. Einteilung des Kantons in 30 Amtsbezirke; Ergänzung.
15. Tarif über die Gerichtsgebühren in Zivilprozesssachen.
16. Errichtung neuer Pfarrstellen: Kirchgemeinden Petrus-Bern, Köniz, Bürglen und Münsingen.
17. Trennung der bisherigen römisch-katholischen Kirchgemeinde Tavannes.
18. Organisation der Militärverwaltung vom 20. Dezember 1916; Abänderung.

5. *Andere Geschäfte*

Neben dem Verwaltungsbericht, der Staatsrechnung und dem Voranschlag sind im Grossen Rat noch weitere wichtigere Geschäfte behandelt worden:

Volksbeschlüsse: Bau von 2 neuen Schwesternhäusern für die Heil- und Pflegeanstalt Münsingen.

Neubau des zahnärztlichen Institutes der Universität Bern.

Neubau eines Haushaltungslehrerinnenseminars in Bern.

Grossratsbeschlüsse: Einführung des Obligatoriums für hauswirtschaftliche Fortbildungsschulen.

Aufnahme des Personals der Stadt- und Hochschulbibliothek, der Sekretariatsangestellten der Verkäuferinnenschule Bern und des Direktors des Verkehrsvereins des Berner Oberlandes in die Hülfskasse der Staatsverwaltung.

Massnahmen zur Sanierung der Wohnverhältnisse in Berggebieten.

Beschluss betreffend Beteiligung der Bernischen Kraftwerke AG an den Kraftwerken Mauvoisin.

Ausserdem bewilligte der Rat durch mehrere Beschlüsse Bau- und Betriebsbeiträge an Spitäler und Heilstätten, an verschiedene Hoch-, Tief- und Wasserbauten, an Bodenverbesserungen, an Weganlagen, Entwässerungen, Aufforstungen und Verbauungen und insbesondere Beiträge an Schulhausneu- und -umbauten sowie Schulturnanlagen.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor der Justiz, Dr. V. Moine.

Am 1. Juni übernahm Regierungsrat Dewet Buri, Vorsteher der Direktionen der Landwirtschaft und der Forsten und später auch des Kirchenwesens, das Ratspräsidium.

Als Vizepräsident wählte der Grosse Rat Regierungsrat G. Moeckli, Direktor des Fürsorgewesens.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 105 Sitzungen ab und behandelte 7177 Geschäfte, also 332 mehr als im Vorjahr.

Am 10. Februar wurde Fürsprecher Rudolf Gnägi, bisher Sekretär der kantonalen BGB-Partei, zum neuen Mitglied des Regierungsrates gewählt. Dieser trat sein Amt am 31. März an und nahm am 1. April an der ersten Sitzung des Regierungsrates teil, wo er durch den Vorsitzenden, Vizepräsident Dewet Buri, begrüsst wurde.

Der Vorgänger von Regierungsrat Rudolf Gnägi, der zum Bundesrat gewählte Dr. M. Feldmann, dessen Wirken im Regierungsrat bereits im letzten Verwaltungsbericht geschildert wurde, verwaltete die Direktionen des Erziehungs- und des Kirchenwesens. Mit dem Eintritt von Regierungsrat R. Gnägi war deshalb eine Änderung in der Organisation und Zuteilung der Direktionen des Regierungsrates notwendig. Justizdirektor Dr. V. Moine machte von seinem Anciennitätsrecht Gebrauch und wünschte als Schulfachmann die Zuteilung der Erziehungsdirektion. Anderseits wünschte Regierungsrat Dr. Gafner die Justizdirektion zu übernehmen unter gleichzeitiger Beibehaltung der Militärdirektion.

Da Regierungsrat Dr. Moine mit dem Vorsteher des Seminars Pruntrut verschwägert ist, war die Frage der Unvereinbarkeit zu prüfen. Nach Einholung von zwei Rechtsgutachten verneinte der Grosse Rat das Vorliegen eines Unvereinbarkeitsgrundes und fasste auf Antrag des Regierungsrates folgenden Beschluss über die Organisation und Zuteilung der Direktionen des Regierungsrates (beigefügt ist auch die Regelung der Stellvertretung, die in der Zuständigkeit des Regierungsrates liegt):

Direktion der Volkswirtschaft:
Direktor: Regierungsrat R. Gnägi
Stellvertreter: Regierungsrat A. Seematter

Direktion der Justiz und des Militärs:
Direktor: Regierungsrat Dr. M. Gafner
Stellvertreter: Regierungsrat R. Gnägi (Justiz)
Regierungsrat W. Siegenthaler (Militär)

Direktion der Polizei:
Direktor: Regierungsrat A. Seematter
Stellvertreter: Regierungsrat S. Brawand

Direktion der Finanzen und Domänen
Direktor: Regierungsrat W. Siegenthaler
Stellvertreter: Regierungsrat G. Moeckli

Direktion des Erziehungswesens:
Direktor: Regierungsrat Dr. V. Moine
Stellvertreter: Regierungsrat Dr. M. Gafner

Direktion der Bauten und der Eisenbahnen:
Direktor: Regierungsrat S. Brawand
Stellvertreter: Regierungsrat Dr. V. Moine

Direktion der Forsten, der Landwirtschaft und des Kirchenwesens:
Direktor: Regierungsrat D. Buri
Stellvertreter: Regierungsrat W. Siegenthaler (Forsten und Landwirtschaft)
Regierungsrat Dr. V. Moine (Kirchenwesen)

Direktion des Fürsorgewesens:

Direktor: Regierungsrat G. Moeckli
Stellvertreter: Regierungsrat Dr. F. Giovanoli

Über weitere Beschlüsse des Regierungsrates und dessen Geschäftstätigkeit wird auf die Berichte der einzelnen Direktionen verwiesen.

Bezirksbeamte

Im Bestand der Bezirksbeamten traten folgende Änderungen ein:

Aarwangen: Infolge seiner Wahl zum Gemeindepräsidenten von Langenthal trat Regierungsstatthalter Hans Ischi zurück. Die Ersatzwahl fällt auf das Jahr 1953.

Die Aufhebung der Vereinigung der Amtsverrichtungen des Betreibungs- und Konkursbeamten und des Gerichtsschreibers erforderte die Neubesetzung der Stelle des Betreibungs- und Konkursbeamten, da sich der bisherige Inhaber für die Stelle des Gerichtsschreibers entschied. Auch diese Ersatzwahl fand erst 1953 statt.

Bern: Gerichtspräsident Roger L. Goetschel trat auf Ende des Jahres zurück. Er wurde erst im nächsten Berichtsjahr ersetzt.

Biel: Das Dekret vom 14. November 1951 über die Organisation der Gerichtsbehörden im Amtsbezirk Biel vergrösserte die Zahl der Gerichtspräsidenten von 3 auf 4. An die weitere neugeschaffene Stelle wurde Peter Kurt Jordan gewählt.

Interlaken: An Stelle des zurückgetretenen Betreibungs- und Konkursbeamten Fritz Brunner wurde im öffentlichen Wahlgang Fritz Balmer, bisher Aktuar des Regierungsstatthalters, gewählt.

Trachselwald: Fürsprecher Kurt Marti trat von seiner Stelle als Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter zurück. Die Ersatzwahl fällt in das nächste Berichtsjahr.

Amtsrichter

Das bereits erwähnte Dekret über die Organisation der Gerichtsbehörden im Amtsbezirk Biel erhöhte die Zahl der Amtsrichter von 4 auf 8. Alle 4 neuen Amtsrichter wurden im stillen Wahlgang gewählt, und zwar: Paul Küffer, Vorsteher des städtischen Arbeitsamtes, Paul Rüefli, pens. SBB-Arbeiter, Georges Steiner-Frangi, pens. Postbeamter, und Alfred Tschäppät-Kämpfer, pens. Suval-Beamter.

Erlach: An Stelle des zurückgetretenen E. Schwab wurde im stillen Wahlgang Fritz Wüthrich, Käser und Gemeindepräsident in Ins, gewählt.

Konolfingen: Ernst Muster, dessen Ersatzwahl auf das Jahr 1953 fällt, ist zurückgetreten.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

In stiller Wahl wurden gewählt:

Aarberg: An Stelle des verstorbenen Fr. Wyss: Hermann Christen, Sägereibesitzer in Suberg.

Bern: An Stelle des verstorbenen G. Thomet: Dr. Leo Hugi, pens. Bundesbeamter in Bern.

Biel: An Stelle der zu Amtsrichtern gewählten P. Rüefli und A. Tschäppät: Fr. Ernst, pens. Strassenbahner, und Ernst Edwin Geiger-Weibel, Gewerbelehrer.

Signau: An Stelle des verstorbenen P. Wüthrich: Gottfried Scheidegger, Landwirt, Trub.

Staatskanzlei

Folgende Zahlen geben Auskunft über den Geschäftsgang der Staatskanzlei (in Klammern: Vorjahr): An die Direktionen überwiesene Eingänge: 2183 (2228). Überweisungen an den Grossen Rat: 404 (363).

Drucksachenbestellungen: Verkaufsumme Fr. 133 851.38 (101 088.05).

Beglaubigungen von 29 238 Unterschriften (29 425), für welche Gebühren von Fr. 33 789 (34 826) verrechnet wurden; davon vom Regierungsstatthalter oder von Gemeinden Fr. 22 958 (23 330) belegt, vom Legalisationsbureau oder durch Barverkauf Fr. 10 831 (11 496).

Im Anweisungsverkehr wurden 2374 (2260) Geschäfte erledigt, die einen Ertrag an Gebühren von Fr. 208 250 (198 848.75) ergaben.

Die französische Abteilung besorgte 3537 Geschäfte, wovon 1022 des Regierungsrates. Dazu kommen noch die zahlreichen Arbeiten von Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratssaal 112 Sitzungen abgehalten und die Rathaushalle für 19 Anlässe benützt. Die Kommissionszimmer wurden von den Direktionen für 276 Sitzungen benützt, wozu noch 31 Kommissionssitzungen des Grossen Rates kommen. Soweit es sich bei der Benützung der Räumlichkeiten im Rathaus nicht um amtliche Anlässe handelt, wurden zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben, die im Berichtsjahr den Betrag von Fr. 5671.20 erreichten. Ferner erfolgten auf Anmeldung hin 261 Besuche unseres Rathauses mit rund 3100 Personen. Ungefähr die Hälfte dieser Besuche fiel wiederum auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs für 1952

I. Personelles

Der Staatsarchivar war gemäss R. R. B. Nr. 5030 vom 23. September 1951 für ein Drittel seiner Arbeitszeit beurlaubt zur Durchführung der Organisation der Burgerbibliothek. Der Arbeitsausfall wird dem Staat durch die Burgergemeinde Bern vergütet.

Im Berichtsjahr absolvierte eine Schülerin der Ecole des bibliothécaires de Genève, Fräulein Isabelle Ringold, eine zweimonatige Ausbildungsperiode im Staatsarchiv.

Im Laufe des Berichtsjahrs trat Herr Paul Winzenried von der Erziehungsdirektion an das Staatsarchiv über, wo ihm eine Sonderaufgabe übertragen wird.

II. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 386 Personen mit 2832 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 1093 mündlich, 824 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs

Von der Verwaltung wurden Akten geliefert:

Justizdirektion Akten 1921–1930.
Obergericht Strafakten 1898–1914.
Versicherungsgericht Akten 1919–1934.
Appellationshof Akten 1918–1927.
Baudirektion Strassenpläne der Oberingenieurkreise II und V vom 18.–20. Jahrhundert (ca. 500 Stück).
Rekurskommission Rekursakten 1931.

Ausserdem wurden von einigen Dienststellen Akten dem Archiv zur vorläufigen Aufbewahrung anvertraut.

Die Bibliothek vermehrte sich um 467 Bände, 317 Broschüren und 72 Blätter.

IV. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (bis 1831) wurde die Urkundenrevision fortgesetzt; es wurden gereinigt, neu verpackt und neu registriert die Urkunden des Faches Interlaken, der umfangreichsten Urkundenabteilung des Staatsarchivs. Ferner wurde eine Kontrolle über die Urkundenausstände durchgeführt.

In der neuen Abteilung wurde die Neuaufstellung der Abteilung Unterrichtswesen vorläufig beendet. Gesichtet, neu verpackt und signiert wurden ferner die Akten des Departements des Innern von 1831–1846.

V. Inventare und Register

Die Erschliessung der Ämterbücher wurde fortgesetzt. Es kamen die Ämter Erlach, Fraubrunnen und Frutigen zum Abschluss, Interlaken wurde in Angriff genommen.

Das im Vorjahr im Konzept abgeschlossene Gesamtregister über das Tagblatt des Grossen Rates wurde ins reine geschrieben und der Benutzung übergeben.

Das Inventar über das Unterrichtswesen wurde für die neu aufgestellten Abteilungen nachgeführt und ergänzt.

Fortgesetzt wurden das Emblemenverzeichnis der Wappenkartothek und nachgeführt die Karteien der Sammlung der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen, der Chronikauszüge aus dem «Bund» und der Bibliothek.

Für ein Gesamtregister der Regierungsratsprotokolle seit 1894 wurden Vorarbeiten durchgeführt.

VI. Führungen und Ausstellungen

Mit Ausstellungen verbundene Führungen fanden im Archiv statt für die Klassen IIa und IIb des Oberseminars, die Klasse II des Seminars Muristalden, den Gewerbelehrerkurs der Biga, die 84. Promotion des Seminars Hofwil, den evangelischen Schulverein des Seelandes und für die Familie von Erlach, deren Familienarchiv im Staatsarchiv deponiert ist.

Das Staatsarchiv beteiligte sich an folgenden bernischen oder auswärtigen Ausstellungen: an der Albrecht von Haller-Ausstellung in der Universität Bern anlässlich der Jahresversammlung der SNG, ferner an der internationalen Burgenausstellung in Rapperswil und an der Weltkonferenz der Mennoniten in Basel, hier durch Ausleihe von Täuferakten.

VII. Lehrerfortbildungskurs

Mit bestem Erfolg wurde im Berichtsjahr der dritte Lehrerausbildungskurs unter Leitung des Archivassistenten Lerch durchgeführt. Er war von 12 Lehrern und 1 Lehrerin besucht. Der Kurs, der von der bernischen Vereinigung für Handarbeit und Schulreform organisiert wird, währte vom 13.–18. Oktober.

VIII. Wissenschaftliche Arbeiten, Gutachten, Berichte

Vom Register zum 10. Band der Fontes rerum Bernensium wurde die 1. Korrektur des Drucks bearbeitet.

Für das Wasserrechtsamt wurde eine umfangreiche Untersuchung über die Eigentumsverhältnisse an der Wehranlage des Elektrizitätswerks bei Theusseret am Doubs und für das Amt für Zivilstandsdienst die Frage der Bürgerrechtsentlassungen vor 1917 bearbeitet.

IX. Bezirks- und Gemeindearchive

Im Berichtsjahr wurden folgende Bezirksarchive von Organen des Staatsarchivs besucht und beraten: die Regierungsstatthalterämter von Moutier und Delémont, das Grundbuchamt von Delémont, die Betreibungsämter von Delémont und von Porrentruy.

An Gemeindearchiven wurden besucht und beraten: Glovelier, La Ferrière, Madiswil, Nods, St. Imier, Einwohner- und Burgergemeinde Zollikofen.

Die historischen Archivalien der Archive von Breuleux, Vauffelin und Les Pommerats wurden von Dr. Rais nebenamtlich und unentgeltlich aufgenommen.

X. Ehemaliges fürstbischöflich-baslerisches Archiv

Sämtliche St. Ursanne betreffenden Abteilungen sind nun fertig neu geordnet und im Detail inventarisiert. Die Abteilung Lucelle ist zur Detailbehandlung in Angriff genommen worden.

XI. Hallwylarchiv

Der Hallwylfonds betrug am 1. Januar 1952 Fr. 14 417.80. Er beträgt am 31. Dezember 1952 Fr. 14 821.40. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf

Fr. 431.68. Es wurden in bescheidenem Umfang Werke über die Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

XII. Jubiläumsfeiern 1953

Für die Vorbereitung der Jubiläumsfeiern 1953 wurde das Staatsarchiv vielfach in Anspruch genommen. Besonders wurde dem Staatsarchivar die Leitung der Planung des Festzugs übertragen; bei den Ausstellungen wird das Staatsarchiv im Rahmen der Hauptausstellung im historischen Museum Dokumente der bernischen Vergangenheit zur Schau bringen.

Bern, den 31. Mai 1953.

Der Regierungspräsident:
Dewet Buri

Vom Regierungsrat genehmigt am 26. Juni 1953.

Test. Der Staatsschreiber:
Schneider